

Frau

Dr. A. Merkel, Parteivorsitzende CDU

Klingelhöferstraße 8

10785 Berlin

Mannheim, den 13.08.2013

**„DDR-Übersiedler/Fehlplatzierung im RÜG“, Haltung der Union
Plenardebatte vom 28. Juni 2013**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende der CDU,

Gegenstand der Debatte war unter anderem der Antrag 17/13453 *„Vertrauensschutz bei Rentenleistungen für alle aus der DDR Geflüchteten, Abgeschobenen und Ausgereisten gewähren“*. Sie werden sich erinnern.

In dieser Debatte kam wieder einmal die grundsätzlich negative Haltung der Union gegenüber den ehemaligen DDR-Flüchtlingen deutlich zum Ausdruck. Diese Botschaft zu verkünden, war diesmal Ihrem Fraktionskollegen Arnold Vaatz zugebracht.

Sein Redebeitrag war von der Art, dass er zahlreiche Protestbriefe aus den Reihen der Betroffenen ausgelöst hat. Einen davon erlaube ich mir Ihnen beizulegen. Er ist geschrieben von einer Frau, die ihren Versuch, die realsozialistische DDR zu verlassen, mit Zuchthaus bezahlen musste. Ich möchte ihn nicht kommentieren. Er spricht für sich.

Ich erlaube mir anzumerken, dass Herr Vaatz durchaus weiß, dass das, was er da verkündet, eine Lüge ist. Mit seiner unsäglichen Geschichte von dem *„älteren Bruder, der in den Westen gegangen“* ist und nicht einsieht, dass er *„besser gestellt“* sein solle als sein *„in der DDR verbliebener jüngerer Bruder“*, liegt er völlig neben der Wahrheit. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Das habe ich ihm in einem vor ca. 2 Jahren geführten Telefongespräch auseinandergesetzt, und er hat es eingesehen. Auf seinen Wunsch hin habe ich ihn dann noch mit den Dokumenten versorgt, die das eindeutig belegen.

Wir legen Wert darauf, dass Sie als Parteivorsitzende der CDU wissen, dass mit den ehemaligen DDR-Flüchtlingen ein übles Spiel getrieben wird, für das die Union die Hauptverantwortung trägt. Die Anträge 17/5516, 17/6108, 17/13453 sind auf Veranlassung Ihrer *„Rentenexperten“* allesamt abgelehnt worden.

Der Petitionsausschuss des deutschen Bundestages hat zwar lange dazu gebraucht, bis er eine entsprechende Forderung an die Bundesregierung zustande gebracht hat. Aber mit dem Votum vom 27. Juni 2012, das einstimmig von allen Fraktionen getragen wird, ist dies gelungen. Demnach hielt auch die Union eine Lösung für dringend erforderlich.

Und 1 Jahr danach hat die Union nichts anderes anzubieten als eine Ablehnung eines Vorschlages, der zwar von der falschen Seite kommt, inhaltlich aber genau den Punkt trifft. Was soll falsch sein an der Begründung zum Antrag 17/13453 und der darin geforderten Lösung?

Die konzeptionslose und realitätsfremde Haltung der Unionsparteien den in der alten Bundesrepublik eingegliederten DDR-Übersiedlern gegenüber hat eine lange Tradition.

Zwar schrieb der Rentenexperte Karl Schiewerling am 08.08.2013: *„Ich habe großes Verständnis für Ihre Sichtweise und habe in der Fraktion auch für die Unterstützung des Anliegens geworben.“* Er konzediert auch: *„Der seinerzeitige Lauf der Dinge war auch aus meiner Sicht sehr unglücklich.“* Damit meint er sicherlich, dass die (ungewollte) Einbezugnahme der in der alten Bundesrepublik eingegliederten DDR-Flüchtlinge in die Rentenüberleitung auf rechtsstaatliche Fahrlässigkeit in der 12. Legislaturperiode zurückzuführen ist. Die Union hatte damals die Regierung geführt. Insofern ist es inakzeptabel, dass die Union, die seit 2005 ununterbrochen an der Regierung ist, nun auch die 17. Legislaturperiode verstreichen lässt, ohne die Rechtsverletzung zu heilen.

Zur Begründung seiner Untätigkeit nutzt Karl Schiewerling die abgegriffene und seit Jahren widerlegte Ausrede, dieser Konflikt könne nur im Rahmen des Gesamtpaketes „Rentenüberleitung Ost“ gelöst werden. Dabei hatte sein Fraktionskollege Peter Weiß, ebenfalls Rentenexperte, uns am 18.03.2011 geschrieben: *„Die gestrige Debatte hatte die Angleichung der Ost-West-Renten zum Thema, und wir waren uns darüber einig, dass dieses ohnehin schon sehr komplizierte Thema nicht mit der Problematik der Rentenfragen der DDR-Flüchtlinge vermischt werden sollte.“*

Ich darf bei dieser Gelegenheit den Fraktionsvorsitzenden der Union, Volker Kauder zitieren. Auf seine Veranlassung hin hatten die Rentenexperten der Union, Karl Schiewerling und Peter Weiß mit Datum vom 06.08.2011 einen sog. „Musterbrief“ vorgelegt, mit dem sie das Thema „ehemalige DDR-Flüchtlinge/Fehlplatzierung im RÜG“ grundsätzlich und endgültig für erledigt erklären wollten.

Der Herr Fraktionsvorsitzende hatte die Abgeordneten der Unionsfraktion mit Schreiben vom 19.07.2013 festgelegt: *„Ich würde es begrüßen, wenn Sie auf der Grundlage der Ausführungen der AG Arbeit und Soziales diese Haltung inhaltlich mittragen würden.“* Einer derartigen, als Bitte daherkommenden Anweisung wird sich kein Abgeordneter widersetzen wollen, der auch in der folgenden Legislaturperiode wieder Abgeordneter sein möchte.

Ungeachtet der Tatsache, dass nicht wenige Unionsabgeordnete hinter vorgehaltener Hand zu erkennen geben, dass hier ein klarer Fall von Unrecht vorliegt, hält die Union das Signal weiterhin auf „Rot“.

In einem Brief vom 23. Mai 2013 schreibt die Staatssekretärin im BMAS, Dr. Annette Niederfranke: *„Gegen diese Entscheidung ist Verfassungsbeschwerde eingereicht worden. Der Ausgang dieses Verfahrens bleibt abzuwarten.“*

Der Sprecher der Unionsabgeordneten, Arnold Vaatz CDU, äußerte sich am 28. Juni 2013 anlässlich der Debatte um den Antrag 17/13453 *„Vertrauensschutz bei Rentenleistungen für alle aus der DDR*

Geflüchteten, Ausgereisten und Abgeschobenen gewähren“: „... halte ich es für richtig, dass wir darauf warten, was das Bundesverfassungsgericht dazu sagt. Eine entsprechende Klage ist dort anhängig. Dann werden wir sehen, wie die Dinge ausgehen“.

Warum haben Union bzw. Bundesregierung diese Klärung nicht schon lange von sich aus veranlasst? Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, werden mit dem Satz zitiert: *„Wenn ein Gesetz falsch wirkt, muss es geändert werden.“* Warum verweigert sich die Union diesem Ihrem Aufruf?

Abwarten, was in Karlsruhe dazu gesagt wird? 316.000 Betroffene warten darauf, dass die Bundesregierung endlich handelt. Es ist wohl nicht zu viel verlangt, wenn wir erwarten, dass die Union hierzu eine verbindliche Aussage macht. Auf jeden Fall ist die Antwort der Union auf die „Wahlprüfsteine“, die die Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), deren Mitglied wir sind, an alle im Bundestag vertretenen Parteien verschickt hat, nichtssagend und damit unbrauchbar.

Ein verworrenes Bild, das die Union auf diesem Feld bietet.

Ein Brief gleichen Inhalts geht auch den Parteivorsitzenden der CSU, sowie an die Generalsekretäre der beiden Unionsparteien.

Mit freundlichem Gruß,

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)

Anlage: Brief einer Betroffenen